



Klaus Wittmann

Im dritten Jahr nach der russischen Invasion: Die Ukraine und wir

März 2024

Im dritten Jahr des russischen Vernichtungskrieges gegen die Ukraine gibt es viele ukrainische Erfolge, aber auch eine prekäre Lage an der Front, wo Russland durch personelle und Munitionsüberlegenheit an vielen Stellen die Initiative zurückgewinnt. Westliche Waffen sind die Lebensader im ukrainischen Überlebenskampf. Die Ukraine muss unterstützt werden – nicht nur „so lange wie nötig“, sondern auch „mit allem Erforderlichen“ und „zeitgerecht“. Sollte Putin in der Ukraine siegen, würde er dort nicht haltmachen. Dass seine Truppen aus der Ukraine vertrieben werden, ist also auch im westlichen Interesse. Dazu sind beherzte deutsche Entscheidungen nötig. Ungeachtet des Ergebnisses der US-amerikanischen Präsidentenwahl muss Europa mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit und für die der Ukraine übernehmen.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 hat sich zum zweiten Mal gejäht. Es ist erschreckend, wie man sich an diesen Krieg gewöhnt zu haben scheint – und wie Aggressor und Angriffopfer oft fast gleichgesetzt werden als „zwei Kriegsparteien“ oder gar „zwei Streithähne“.

Das verkennt den Charakter dieser brutalen Unterwerfungsoffensive einer revanchistischen Macht auf ein souveränes Nachbarland mit dem Ziel, es zu zerstören und seine staatliche Identität zu vernichten – verbrecherisch nach Absicht und Ziel (*ius ad bellum*) sowie in den kriegsvölkerrechtswidrigen Methoden (*ius in bello*). Präsident Putins Gründe für diesen Feldzug beruhen auf Geschichtsverfälschung, Lügen und politisch-psychologischen Befindlichkeiten, nicht etwa legitimen Sicherheitsinteressen gegenüber einer – politisch und strukturell völlig defensiven – North Atlantic Treaty Organization (NATO). Russlands Krieg gegen die Ukraine währt bereits zehn Jahre seit der Annexion der Halbinsel Krim und dem Beginn der Kämpfe im Donbass. Putins Revisionismus und Neo-Imperialismus werden genährt von Rachedurst und dem Bestreben, den „demokratischen Virus“ von seinem Volk fernzuhalten.

Drei Konsequenzen sind aus der Zweijahresbilanz zu ziehen: Erstens, die russischen Streitkräfte müssen in der Ukraine gestoppt und zurückgedrängt werden – nicht zuletzt,

weil Präsident Wladimir Putin bei Durchsetzung seiner Ziele dort nicht haltmachen würde. Zweitens, Entgegenkommen und selbst gesetzte „rote Linien“ sind für ihn Schwäche; er versteht nur Entschlossenheit und Stärke. Drittens, westliche Waffenlieferungen sind die „Lebensader“ der um ihre Existenz kämpfenden Ukraine.

Die Lage

Februar 2024 war kein guter Monat für die Ukraine und ihre Unterstützer: Der US-Kongress lehnte das 60 Milliarden Dollar schwere Militärhilfepaket ab; der diesbezügliche Appell von Bundeskanzler Olaf Scholz während seines Aufenthalts in Washington blieb unbeantwortet; und Donald Trump verwarf ostentativ die NATO-Beistandsverpflichtung. Die darauffolgende Münchener Sicherheitskonferenz war stark geprägt vom russischen Angriffskrieg, und zwei Meldungen steigerten noch die Dramatik: die Nachricht vom Tod des tapferen russischen Regimekritikers Alexej Nawalny im Straflager und der Rückzug der ukrainischen Truppen von der monatelang umkämpften Kleinstadt Awdijiwka.

In seiner Münchener Rede am 17. Februar 2023 bewies Bundeskanzler Scholz richtige Einsichten und benutzte starke Worte. Er beschrieb zutreffend den Charakter des russischen Regimes und seiner Ziele, schilderte realistisch die Folgen eines russischen Siegs in

der Ukraine für Europa und prophezeite, was er täglich dem deutschen Volk erklären musste: „Der politische und finanzielle Preis, den wir dann zu zahlen hätten, wäre um ein Vielfaches höher als alle Kosten unserer Unterstützung der Ukraine heute und in Zukunft.“ Der Bundeskanzler zog die richtigen Schlüsse hinsichtlich der notwendigen Verteidigungsfähigkeit der NATO und ihrer Mitglieder („Ohne Sicherheit ist alles andere nichts.“) sowie der Unterstützung der Ukraine. Von anderen führenden Politikern wie der US-Vizepräsidentin Kamala Harris gab es ebenfalls Solidaritätsschwüre. Allerdings wurde die ständige Zusicherung, man werde der Ukraine helfen „so lange wie erforderlich“, kaum je ergänzt um „mit allem Nötigen“ und „zeitgerecht“. Es wird weiter „mit angezogener Handbremse“ gehandelt. Denn im zweiten Kriegsjahr ist die westliche Unterstützung dramatisch zurückgegangen.

Februar 2024 war kein guter Monat für die Ukraine und ihre Unterstützer

Zu geringe Lieferungen von Waffen und Munition und zu langsame Ankurbelung von deren Produktion durch viele Mitglieder der „Ramstein“-Gruppe sind der eine Grund. Es scheint aber auch ein gewisser Defätismus hinsichtlich der ukrainischen Siegeschancen Einzug zu halten, der zu weiterer Drosselung der Hilfen und so zu einer self-fulfilling prophecy führen kann. Trotz aller Beteuerungen herrschte bei der Münchner Sicherheitskonferenz kein sehr optimistischer Ton, und Präsident Volodymyr Selenskyj schleuderte der Versammlung entgegen: „Bitte fragt nicht die Ukraine, wann der Krieg endet, fragt Euch selbst, warum Putin noch in der Lage ist, ihn fortzusetzen.“

Bei der Unterstützungskonferenz für die Ukraine am 27. Februar 2024 in Paris gab es Spannungen wegen deutscher Kritik an zu geringer Unterstützung der Ukraine durch Frankreich und Äußerungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron hinsichtlich westlicher Bodentruppen für die Ukraine. Anfang März folgte die Veröffentlichung einer von russischer Seite abgehörten Telefonkonferenz des Inspektors der deutschen Luftwaffe über Einsatzmöglichkeiten des Taurus-Marschflugkörpers. Dies schlachtete die russische Propaganda in einer koordinierten Empörungswelle mit absurden Drohungen gegenüber Deutschland aus. Der Bundeskanzler sprach sich nun erst recht gegen die Weitergabe des Taurus aus. Diese Entwicklungen steigerten die Frustration in der

Ukraine und müssen Präsident Putin mit seinen Generälen sehr erfreut haben. Moskau glaubt die Zeit auf seiner Seite.

Stand des Krieges

Einerseits gibt es neben der Tatsache, dass die Ukraine zwei Jahre nach der Invasion überhaupt noch standhält, viele ukrainische Erfolge im Überlebenskampf: getroffene Ziele auf der Krim, Zerstörung eines Drittels der russischen Schwarzmeer-Kriegsflotte und das Fernhalten der übrigen Schiffe von der Küste, Getreideexporte ohne russisches Plazet, immense russische Verluste an Personal und Material, Luftabwehrerfolge und abgeschossene Flugzeuge, Rückeroberung großer Gebiete um Charkiw und Cherson. Auch werden weitere Waffensysteme (F16-Kampfflugzeuge, Kampfpanzer und Flugabwehr) erwartet.

Andererseits ist an der Landfront die Lage prekär: Die Erfolglosigkeit der ukrainischen Gegenoffensive hat ebenso mit westlicher (nicht zuletzt deutscher) Zögerlichkeit zu tun wie der dramatische Munitionsmangel der Ukrainer. An mehreren Frontabschnitten hat die russische Seite die Initiative zurückgewonnen, obgleich bislang nur mit geringen, blutig erkaufte Geländegewinnen. Der Stellungskrieg ist großenteils ein Artilleriegefecht mit einem 5:1-Vorteil bei der Munition der russischen Truppen, die überdies ohne Rücksicht auf ihre horrenden Verluste ständig personell verstärkt werden, und mit dauernder Luftbedrohung. Die Flugabwehr, die der Ukraine – nicht zuletzt von Deutschland – vielfältig zur Verfügung gestellt wurde, reicht noch lange nicht aus, um Städte und zugleich alle bedrohten Abschnitte der über 1000 km langen Front zu schützen.

Kriegsbeendigung

Drei plausible Szenarien gibt es für den Kriegsausgang: Entweder setzt Präsident Putin seine Ziele durch und erobert die Ukraine; oder es gibt einen Waffenstillstand mit zumindest zeitweiser Aufgabe der von Russland widerrechtlich besetzten Gebiete; oder die Ukraine obsiegt und erobert das annektierte Territorium zurück beziehungsweise zwingt die russischen Truppen zum Abzug. Was sind die jeweiligen Implikationen?

Ist Putin erfolgreich, so hört die Ukraine auf, als souveräner Staat zu existieren, sie wird zerstückelt und dem russischen Imperium einverleibt. Georgien und die Republik Moldau wären die nächsten Opfer. Und je nachdem,



als wie schwach er dann die NATO einschätzt, wird er sie nach einigen Jahren militärischer Rekonstitution in den Schwarzmeerräumen Rumänien und Bulgarien und den exponierten baltischen Staaten herausfordern. Selbst wenn ein Angriff unwahrscheinlich bliebe, müssten die NATO-Alliierten für eine glaubwürdige Abschreckung weit größere militärische Anstrengungen auf sich nehmen als bisher. Hybrider Krieg ist ohnehin längst im Gange.

Gibt es einen Waffenstillstand in einer zunächst geteilten Ukraine, so sei an das Minsk II-Abkommen erinnert: 14.000 Tote während sieben Jahren „Waffenruhe“, schlimmste Drangsalierung nicht willfähiger Menschen in den „Separatistenrepubliken“ und Massen von Binnenflüchtlingen. Und Putin würde schrittweise doch den Gesamterfolg anstreben.

Es bleibt der Imperativ, dem ukrainischen Volk mit allen verfügbaren Mitteln zu helfen, die besetzten Gebiete zu befreien und die russischen Streitkräfte aus ihrem Land zu vertreiben. Hätte man sie von Anfang an ausreichend unterstützt, wäre es vielleicht schon so weit. Je länger man der „Abnutzung“, dem Ausbluten und dem Schwinden der Munitionsvorräte zuschaut, umso schwieriger wird die Erreichung dieses Ziels sein. Aber das ukrainische Volk würde trotz aller Erschöpfung nicht aufgeben, und es gäbe jahrzehntelangen Untergrundkrieg in einer besetzten Ukraine. Der Krieg wird wohl nicht mit der physischen Rückeroberung auch des letzten Quadratkilometers enden, aber eine Situation scheint erreichbar, in der die Lage für die russischen Truppen unhaltbar und Putins Kriegskalkül endgültig durchkreuzt wird.

Verhandlungen?

Die Forderung nach „Waffenstillstand jetzt“ oder gar „Einfrieren“ zeigt neben großer Empathielosigkeit eine erschütternde Blindheit gegenüber Putins Zielen. Deren Unerreichbarkeit muss auch ihm deutlich sein, bevor über ein Ende des Krieges verhandelt werden kann. Schließlich spricht er der Ukraine unverändert das Existenzrecht ab. Zwischen Vernichtungsabsicht und Überlebenswillen ist kein Kompromiss vorstellbar, und Putin ist kein abmachungsgetreuer Verhandlungspartner.

„Ohne Gebietsabtretungen wird es für die Ukraine nicht gehen“, sagen manche im Westen von oben herab. Doch „abzutretende Gebiete“

sind nicht abstrakte Landstriche, sondern Regionen und Städte, wo Millionen Menschen unter russischer Besatzung das erliden werden, was schon anderswo offenbar wurde: Mord, Vergewaltigung, Folter, Plünderung, Kulturverwüstung und vieles mehr, einschließlich der Deportation tausender ukrainischer Kinder in russische Familien und Heime.

Dass die Ukraine befreit wird, in Sicherheit weiterleben und gerechten Frieden genießen kann, ist auch in Deutschlands ureigenen Interesse, nicht zuletzt angesichts der weiterreichenden Ziele Putins, die er in seinen Briefen an die US-Regierung und die NATO im Dezember 2021 dargelegt hat: ein Rollback der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa seit 1990 – wie bei der Breschnew-Doktrin Satellitenstaaten mit eingeschränkter Souveränität im exklusiven Einflussbereich Russlands. Sein Erfolg wäre auch Ansporn für andere autoritäre Machthaber.

Russland ist zur größten Bedrohung der europäischen Sicherheit geworden.

Russland ist zur größten Bedrohung der europäischen Sicherheit geworden und – im Verein mit China, Iran und Nordkorea – wohl auch der Weltordnung, mit deren „Umgestaltung“ Putin, so sein Prahlern bei der Valdai-Konferenz Anfang Oktober 2023, erst begonnen hat. Interne Opposition hat er ausgeschaltet und internationale Ächtung und Isolation ignoriert er. Großmachtstatus gewinnt er nicht durch konstruktive Mitwirkung an regionalem und globalem Problemlösen zurück, sondern will ihn zurückerkämpfen durch Störpotential, Verhinderungsmacht, regionale militärische Überlegenheit, Angst kleinerer Nachbarn sowie nukleare Erpressung gegenüber denen, die sich erpressen lassen.

Putin hat Russland zu einem obstruktiven spoiler state gemacht. Entgegen dem Mantra, Sicherheit in Europa sei langfristig nur mit, nicht gegen Russland erreichbar, war schon lange klar, dass angesichts seines Handelns Sicherheit vor Russland für viele wieder im Vordergrund steht. Entgegenkommen und Beschwichtigung sowie Streben nach kooperativer Sicherheit sind für Putin Schwäche.

Europäische Verantwortung

Das immer noch im US-Kongress blockierte 60 Milliarden-Dollar-Hilfspaket ist nicht „unverzichtbar“ (so der Kanzler in Washington). Europa ist zu viel umfangreicherer Hilfe im-

stande, und insofern ist der Appell von Scholz an andere europäische Staaten berechtigt, mehr zur militärischen Unterstützung der Ukraine beizutragen – auch wenn dies mit übertriebenem Selbstlob daherkam. Aber auch Deutschland hat seine Grenzen noch lange nicht erreicht. Die oben zitierte Aussage über die Kosten muss ernstgenommen werden.

In Deutschland wäre eine selbstkritische Rückschau auf die zwei Jahre seit Invasionsbeginn angebracht.

Die EU und die europäischen NATO-Partner dürfen nicht schreckensstarr abwarten, ob Donald Trump wirklich erneut US-Präsident wird. Den konstanten Appell an die Europäer zu besserer transatlantischer Lastenteilung hat nicht er erfunden. Und die US-Ukrainehilfe ist schon lange vor der Wahl zum Spielball der innenpolitischen Interessen geworden. Europa sollte die 60 Milliarden Dollar mobilisieren und die damit vorgesehenen Rüstungsgüter schnellstens kaufen. Dies erscheint möglich, bedenkt man beispielsweise die großen Hilfspakete zur Abmilderung der Pandemiefolgen. Auch muss Europa seine Rüstungsindustrie durch Bestellungen und Abnahmegarantien in Gang bringen, Vorbehalte gegen nichteuropäische Produzenten überwinden, auf den Weltmärkten Munition für die Ukraine einkaufen, Lieferungen an Drittländer zurückstellen sowie von allen Waffenarten mehr liefern und zügig nachbestellen. Europa ist mehr gefordert denn je.

Deutsche „Ausschließeritis“ und „Selbstabschreckung“

Zwar sind die deutschen militärischen Lieferungen und Zusagen in letzter Zeit tatsächlich erheblich. Aber die neue Rolle von Scholz als Antreiber anderer europäischer Nationen hat bei einzelnen schon zu ärgerlichen Reaktionen, Zweifel an Zählmethode und Aufrechnung von Qualität und Quantität geführt. Auch steht Deutschland im Vergleich zur Wirtschaftskraft nicht an zweiter, sondern an dreizehnter Stelle der Unterstützernationen.

In Deutschland wäre eine selbstkritische Rückschau auf die zwei Jahre seit Invasionsbeginn angebracht. Fast jeder Forderung nach einem bestimmten Waffensystem wurde zunächst mit einem Nein begegnet, bis Eskalationsfurcht, Warten auf Amerika und Vorwände überwunden waren. Spät kam es zu Lieferungen, oft in ungenügenden Zahlen und unter Verweigerung bestimmter Waffensysteme.

Vor der russischen Invasion galt die deutsche Gewaltgeschichte als Ausschlussgrund für militärische Hilfe an das Ausland (während doch gerade das Schicksal der Ukraine unter NS-Besetzung den Einsatz für ihre Rettung vor einem ähnlichen Schicksal erforderte). Waffenexporte in Krisengebiete waren tabu (als sei das angegriffene Partnerland Ukraine ein beliebiges „Krisengebiet“). Es wurde sogar wochenlang Estland die Genehmigung versagt, 18 Feldhaubitzen aus NVA-Beständen der Ukraine abzugeben.

Mit der „Zeitenwende“-Rede des Kanzlers drei Tage nach Invasionsbeginn wurden diese Vorbehalte aufgegeben. Dennoch erfolgte die deutsche militärische Hilfe, eingeleitet durch das Angebot von 5.000 Helmen, sehr zögerlich. Deswegen und angesichts der langsamen Umsetzung der Bundeswehrertüchtigung sprachen manche spöttisch von der „Zeitlupe“. Zwar erhielt die Ukraine zu Anfang recht wirksame Panzer- und Fliegerfäuste, mit gepanzerten Gefechtsfahrzeugen tat sich die Bundesregierung hingegen schwer.

Rückblick: Gepanzerte Gefechtsfahrzeuge

Das erinnerte an die Volksweisheit: „Wenn man etwas will, findet man Wege, will man es nicht, findet man Gründe.“ Die wachsende Zahl der Ausflüchte machte sie nicht glaubwürdiger. Die „typisch deutschen Ausreden“ wurden im Aspen SPOT ON vom Oktober 2022 ausführlich diskutiert (und größtenteils widerlegt): die im Sommer 2022 völlig unzutreffende Behauptung, niemand liefere der Ukraine mehr Waffen als Deutschland; die Begrenztheit der Bundeswehrbestände; NATO-Verpflichtungen; Ausbildungszeit; Ablehnung deutscher Alleingänge; Nichtlieferung von Kampfpanzern durch die USA; Eskalationsfurcht (im Falle Deutschlands schiere „Selbstabschreckung“); Entschlossenheit, nicht Kriegspartei zu werden – in diesem Konflikt NATO-Maxime, aber ständig in einer Weise wiederholt, die Putin freie Hand zu gewähren scheint.

Zwei Monate nach Invasionsbeginn, am 28. April 2022, gab der Bundestag mit breiter Mehrheit der Regierung den Auftrag, der Ukraine schwere Waffen zu liefern. Anstatt sich an die Spitze europäischer Unterstützung zu setzen, behauptete Bundeskanzler Scholz, bereits die Lieferung von Schützenpanzern Marder an die Ukraine werde „eine furchtbare Eskalation“ bewirken. Lieber hätte er die vorgeschlagene „Panzerkoalition“ von 13 europäischen NATO-Ländern anführen sollen, die

der Ukraine 15 Prozent ihrer ca. 2.000 Leopard-Panzer (nach einer Studie des European Council on Foreign Relations) hätte geben können. Dieser Prozentsatz hätte der Zahl von 300 Panzern entsprochen, welche die Ukraine als erforderlich ansah.

Stattdessen dauerte es bis zur positiven Leopard- und Marder-Entscheidung des Kanzlers ein Dreivierteljahr, und die russischen Truppen hatten sich derweil ungestört zu dreifach tiefgestaffelter Verteidigung eingerichtet. Da war es wohlfeil, die Erfolglosigkeit der ukrainischen Gegenoffensive zu kritisieren. Entsprechend sollte sich die Frage des Kanzlers von der Münchner Sicherheitskonferenz, „Tun wir genug, um Putin zu signalisieren: ‚We are in for the long haul‘?“ vor allem auch an Deutschland richten, die global drittgrößte Wirtschaftsmacht. Derzeit muss sie mit Nein beantwortet werden.

Aktuelles Beispiel: Taurus

Bereits fast ein Jahr dauert die Debatte um den Marschflugkörper Taurus, von dem die deutsche Luftwaffe ca. 600 Stück besitzt. Diese Luft-Boden-Abstandswaffe mit 500 km Reichweite könnte aus sicherer Entfernung weit hinter der russischen Frontlinie stationäre Hochwertziele wie Gefechtsstände, Brücken, Straßen, Bahnlinien und Depots treffen und damit die russische Führungsfähigkeit und Logistik in den besetzten Gebieten nachhaltig beeinträchtigen. Partielles Abschneiden des Nachschubs an Waffen, Munition, Treibstoff und Verpflegung zur Krim und von der Krim zu den russischen Truppen in der Südukraine wäre ein wichtiger Beitrag dazu, deren Position zunehmend unhaltbar zu machen, die ukrainische Front zu entlasten und möglicherweise den Krieg zu verkürzen.

Seit vielen Monaten fordert die Ukraine solche Systeme, wie sie Großbritannien und Frankreich mit Storm Shadow und Scalp längst geliefert haben – wengleich mit geringerer Reichweite und Zahl. Das wird unterstützt von vielen Fachleuten und Bundestagsabgeordneten auch innerhalb der Ampelkoalition. Am 22. Februar 2024 forderten die Koalitionsfraktionen in einer Bundestagsentschließung die „Lieferung von zusätzlich erforderlichen weitreichenden Waffensystemen und Munition“, um die Ukraine „in die Lage zu versetzen, völkerrechtskonforme, gezielte Angriffe auf strategisch relevante Ziele weit im rückwärtigen Bereich des russischen Aggressors zu ermöglichen“. Mit „rückwärtigem Bereich“ sind natürlich die russisch besetzten

Gebiete gemeint. Dass Putin diese vier Oblaste, obwohl nur teilweise besetzt, bereits zu russischem Territorium erklärt hat, spielt da keine Rolle. Dort ist jedes Ziel kriegsvölkerrechtlich legal, auch auf der Krim und einschließlich der militärisch wichtigen, aber auch prestigeträchtigen Kertsch-Brücke, die Putin persönlich am Steuer eines Lkw eröffnet hatte.

Die Angelegenheit wächst sich zu einem erneuten Fall unterlassener Hilfeleistung aus

Nach der Bundestagsentschließung zu behaupten, Taurus (dessen Erwähnung das Kanzleramt verhindert hatte) sei mit der Formulierung nicht gemeint, ist unseriös. Die Angelegenheit wächst sich zu einem erneuten Fall unterlassener Hilfeleistung aus. Die Verweigerung ist zum Schaden der Ukraine und entwertet die starken Worte des Bundeskanzlers in München. Die Rücksichtnahme auf Präsident Putin, seine Drohungen und vielleicht auch seine Zukunft, muss aufhören. Dieser setzt, nicht zuletzt mittels periodisch wiederholter Atomkriegsdrohungen, auf besonders deutsche Kriegsangst.

Im Klartext: Allein der Bundeskanzler, beraten vom Kanzleramtsminister und unter Druck von Teilen der SPD-Fraktion unter ihrem Vorsitzenden, verweigert die positive Entscheidung. Die Zahl der Gründe, die dafür genannt werden – bis vor kurzem kaum von Scholz selbst – ist mittlerweile recht stattlich. Sie sind alle längst als Vorwände widerlegt. Deshalb wird, auch wenn derzeit weitere Initiativen ausbleiben und der Kanzler wohl schwerlich von seinem „Basta“ wird abrücken können, die Debatte nicht aufhören. Im einzelnen:

- Die Bundeswehr könne diese Systeme nicht entbehren, und die Industrie könne nicht nachliefern: Beides stimmt nicht. Als ein Mitglied des Bundestages (selbst Luftwaffenoffizier) im Radio diese Behauptung aufstellte, reagierte die Firma mit einem lakonischen Tweet: „Sowohl die Taurus Nachproduktion, die Plattformintegration als auch die Überholung der Bestände können wir kurzfristig anschieben. Voraussetzung ist die Beauftragung durch den Kunden.“ Es ist also allein eine Frage des politischen Willens.
- Es gebe keine Trägermittel: Die von den Niederlanden und Dänemark der

Ukraine zugesagten F16-Kampfflugzeuge sind genau die geeignete Plattform.

- Deutschland müsse geheime „Geodaten“ liefern: Das ist unzutreffend. Daten zu den Geländekonturen, nach denen ein Marschflugkörper bodennah fliegt, um feindlichem Radar auszuweichen, sind frei verfügbar.
- Taurus habe eine Reichweite bis Moskau: Die Ukraine hat bisher jede mit der Lieferung bestimmter Waffensysteme verbundene Auflage von Lieferländern eingehalten, insbesondere die Verpflichtung, sie nicht gegen russisches Gebiet einzusetzen. Auch wenn man offensichtlich ihrer Zusicherung nicht glaubt, würde sie sich bei Nichteinhaltung selbst schaden und weitere Unterstützung aufs Spiel setzen.
- Wenn jetzt eine Entscheidung für die Taurus-Abgabe gefällt werde, würden die ersten nicht vor Ablauf vieler Monate geliefert werden: Das trifft zu und erinnert daran, dass die Entscheidung seit fast einem Jahr verzögert wird.
- Die Ukraine brauche Munition, keine Taurus: In den Worten des Kanzlers: „Was der Ukraine fehlt, ist Munition für alle möglichen Distanzen, aber nicht in entscheidender Weise diese Sache aus Deutschland.“ Ein solches Entweder-Oder macht keinen Sinn. Die Ukraine braucht vieles und von vielem mehr als bisher. Das heißt nicht, dass Taurus verzichtbar wäre.
- Die Debatte verenge sich auf ein einzelnes Waffensystem, welches dann zur „Wunderwaffe“ stilisiert werde: Das ist unsachlich, und die Beschimpfung der Forderung nach verstärkter militärischer Unterstützung als „Maulheldentum“ durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden fällt auf diesen selbst zurück. Stattdessen wird der Kanzler gelobt (und lobt sich selbst) dafür, dass er – wohl im Gegensatz zu den „Maulhelden“ – „die Nerven behält“. Doch hat seine „Besonnenheit“ in der Panzerfrage entscheidend zum Misserfolg der ukrainischen Gegenoffensive beigetragen.
- Ein „Ringtausch“ könnte das Risiko für Deutschland reduzieren: Demge-

mäß würde Deutschland Taurus an Großbritannien liefern, welches weitere Storm Shadow an die Ukraine abgeben würde. Das entspricht dem schon bei Schützenpanzern angewandten Verfahren: Griechenland bekam von Deutschland den fähigen SPz Marder und lieferte dafür der Ukraine minderwertige BMP-1 aus NVA-Beständen. Das ist Deutschlands unwürdig und verringert nicht sein (eingebildetes) Risiko.

Die Ukraine braucht vieles und von vielem mehr als bisher

Am 26. Februar 2024 legte Bundeskanzler Scholz (nicht im Bundestag, sondern bei der dpa-Chefredateurskonferenz) schließlich seine Gründe dar: „Deutsche Soldaten dürfen an keiner Stelle und an keinem Ort mit den Zielen, die dieses System erreicht, verknüpft sein.“ Seine Absicht sei es, zu „verhindern, dass es zu einer Eskalation des Krieges... kommt“. Es sei „klar, dass es keine Soldaten auf ukrainischem Grund geben wird“. Und „das, was an Zielsteuerung und Begleitung der Zielsteuerung vonseiten der Briten und Franzosen gemacht wird, kann in Deutschland nicht gemacht werden“.

Der öffentliche Hinweis auf angeblich in der Ukraine tätige britische und französische Militärkräfte führte bei diesen Partnern zu großer Verstimmung. Überdies ist die Behauptung, Bundeswehrangehörige müssten in der Ukraine die Taurus-Programmierung vornehmen, schlicht falsch (was sich auch aus dem von Moskau veröffentlichten Gesprächsprotokoll ergab). Analog zur Ausbildung an der Panzerhaubitze könnten ukrainische Bedienungen in Deutschland geschult werden (bei fortbestehenden Berührungängsten sogar seitens der Industrie) und das System dann autonom bedienen.

Hier die Gefahr einer (direkten oder gar „indirekten“) Kriegsbeteiligung zu konstruieren, bedeutet „Selbstabschreckung“, verstärkt durch die – in Moskau sicher gern gehörte – Äußerung eines ehemaligen Bundeswehrgenerals: „Mit dem Taurus kann man den Kreml zerstören!“ Putin, der behauptet, Russland verteidige sich in der Ukraine gegen die aggressive NATO, betrachtet deren Mitglieder ohnehin als Kriegsgegner und eskaliert nach eigenem Belieben. Die von Bundeskanzler Scholz Mitte 2022 vorausgesagte „furchtbare Eskalation“ für den Fall der Lieferung von Schützenpanzern Marder trat nicht ein, auch

nicht bei der Lieferung anderer leistungsfähiger Systeme. Scholz diskreditiert das Bundestagsvotum seiner eigenen Koalition.

Vor einer Berufsschulklasse legte Scholz ein paar Tage später nach: Bei solchen Reichweiten müssten wir die Kontrolle über die Ziele behalten. Wenn das „nur gehe, wenn deutsche Soldaten beteiligt sind, ist das völlig ausgeschlossen. Ich bin der Kanzler, und deshalb gilt das.“ Doch ist es sogar möglich, Taurus vor der Lieferung für bestimmte Zielräume zu sperren (Geofencing).

Auch auf die öffentliche Meinung berief sich der Kanzler bei der dpa: „Ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger [sei] eher skeptisch [...], ob wir nicht zu viel machen.“ Das ist kein hoher Anteil (62 % sind laut Politbarometer „für die Lieferung von mehr Waffen und Munition an die Ukraine“), und ein Bundeskanzler sollte Umfrageergebnisse nicht einfach hinnehmen, sondern aktiv für die Unterstützung der Ukraine eintreten im Einklang mit seinen deutlichen Münchener Aussagen. Dass es neuerdings heißt, eine Mehrheit der Deutschen sei gegen die Lieferung, ist der Tendenz seiner eigenen öffentlichen Äußerungen zuzuschreiben und der russischen Propaganda, die gekonnt mit der Kriegsangst der Deutschen spielt. Ihnen muss der Ernst der Lage verdeutlicht werden, anstatt Ängste zu schüren, auf die man sich dann beruft.

Manche sehen in der Positionierung des Kanzlers (nicht zuletzt durch sein wuchtiges Auftreten gegen Präsident Macrons Antwort auf eine Reporterfrage, dass „nichts“ – auch westliche Bodentruppen für die Ukraine –

Im ukrainischen Existenzkampf braucht der Westen mehr Entschlossenheit und Geschlossenheit

ausgeschlossen werden dürfte) vor allem einen Versuch, als „Friedenskanzler“ in Wahlkämpfen zu punkten, ähnlich wie Bundeskanzler Schröder mit seiner Opposition gegen die US-amerikanischen Irak-Kriegspläne. Das war aber ein ganz anderer Fall, und es kann sich als sehr kontraproduktiv erweisen, ständig Putin die „roten Linien“ zu kommunizieren, die sich Deutschland zieht, anstatt ihm energisch Grenzen aufzuzeigen. Russland dürfte die deutsche Unentschlossenheit als Erpressungserfolg für sich verbuchen und die Einschüchterungskampagnen noch verstärken.

Und gern hört man wohl in Moskau die Versicherung aus dem Mund des deutschen Bundeskanzlers, dass mit dem Einsatz der dort nachweislich gefürchteten, weil für russischen Nachschub äußerst bedrohlichen Waffe nicht gerechnet zu werden braucht. Sie wird ausgeschlossen, weil aus deutscher Sicht wohl zu wirksam.

Der Bundeskanzler könnte seinem Appell an Alliierte, die Ukraine stärker zu unterstützen, durch eine positive Taurus-Entscheidung mehr Glaubwürdigkeit verleihen. Sobald der Ukraine die zugesagten F16-Kampfflugzeuge zur Verfügung stehen, sollten diese mit Taurus bestückt werden können. Der sinnvolle Schwerpunkt deutscher Militärhilfe bei Luftverteidigung sollte andere, ebenfalls dringend erforderliche Systeme nicht ausschließen. Auch könnte Scholz mit einer beherzten Taurus-Entscheidung mehrere „gordische Knoten“ durchschlagen – innenpolitisch, gegenüber der Ukraine und im Verhältnis zu den Alliierten.

Langfristige Sicherheit für die Ukraine

Eine 13-seitige deutsch-ukrainische „Vereinbarung über Sicherheitszusammenarbeit und langfristige Unterstützung“ wurde in Berlin am 16. Februar 2024 abgeschlossen. Auf zehn Jahre angelegt, behandelt sie alle Gebiete der Zusammenarbeit. Eine Sicherheitsgarantie kann und soll sie nicht darstellen, bleibt aber auch sonst in mancher Hinsicht vage. Beispielsweise findet sich dort hinsichtlich des ukrainischen Wunschs nach NATO-Mitgliedschaft der merkwürdige Satz, „nicht berührt“ seien „die Bemühungen der Ukraine [...], den Weg zu einer künftigen Mitgliedschaft in der euroatlantischen Gemeinschaft zu verfolgen“. Unterstützung klingt anders. Hier bedarf es noch intensiver Überzeugungsarbeit, damit sich beim 75-Jahres-Gipfeltreffen der NATO vom 9. bis 11. Juli 2024 in Washington die US-Administration und die Bundesregierung eindeutig für den künftigen NATO-Beitritt der Ukraine und eine Roadmap sowie gegen jegliche russische Mitsprache in dieser Frage aussprechen. Nur im Bündnis wird sie gerechten und dauerhaften Frieden finden.

Die Ukraine steht im dritten Kriegsjahr. Das wird für Europa und Deutschland ebenfalls ein Schicksalsjahr. Nicht erst im Falle eines US-Präsidenten Trump ist Europa sicherheitspolitisch in viel stärkerem Maße auf sich gestellt. Bei Durchsetzung von Putins Ukraine-Zielen wäre nicht nur das deutsch-ukrainische

Sicherheitsabkommen Makulatur, sondern würden bald weitere europäische Länder direkt bedroht.

Angesichts der prekären Entwicklung im ukrainischen Existenzkampf braucht der Westen mehr Entschlossenheit und Geschlossenheit. Seine Waffenlieferungen an die Ukraine sind nicht Wohltaten oder Gefälligkeiten, sondern dringliche Investition in die eigene Sicherheit – im Bewusstsein, dass der Erfolg des Verteidigungskampfs im ureigenen Interesse Europas liegt, und in der Überzeugung, dass die Ukraine zu Europa und zur NATO gehört.

Empfehlungen

Neben allen notwendigen Maßnahmen (organisatorisch, personell, finanziell und aufklärerisch) zur Herstellung von Bedrohungsbewusstsein und Verteidigungsbereitschaft in Bundeswehr, Politik und Gesellschaft erscheinen folgende Maßnahmen der Bundesregierung vordringlich:

- Viel stärkere Aktivität im Propagandakrieg: Anprangern des verbrecherischen Charakters von Putins Krieg („Naming and shaming“), Entlarven von Moskaus Lügenpropaganda und leeren Drohungen, Erklären der Gefahren für Deutschland;
- Militärische Unterstützung der Ukraine nicht nur „so lange wie nötig“, sondern auch „mit allem Erforderlichen“

und „zeitgerecht“, einschließlich positiver Entscheidung für die Lieferung des entscheidend wichtigen Marschflugkörpers Taurus;

Waffenlieferungen an die Ukraine sind nicht Wohltaten oder Gefälligkeiten, sondern dringliche Investition

- Weltweite Einkäufe von Waffen und Munition für die Ukraine sowie Ankurbelung nationaler und europäischer Rüstungskoooperation;
- Werben um europäische sowie transatlantische Entschlossenheit und Geschlossenheit sowie Bemühen um wachsendes Einverständnis mit dem „Globalen Süden“;
- Energische Förderung der Pläne für eine europäische Verteidigungsunion und Steigerung der Verteidigungsausgaben, auch zur Demonstration des Willens zu fairer Lastenteilung mit den USA.



Über den Autor

Dr. Klaus Wittmann ist Brigadegeneral a.D., lehrt Zeitgeschichte an der Universität Potsdam und war zehn Jahre lang Senior Fellow des Aspen Institute Deutschland.

Dieser Text stellt die persönliche Ansicht des Autors dar. Der Autor spricht ausdrücklich nicht im Namen der mit ihm assoziierten Institution.

Über diese Reihe

Mit dem Kurzdossier *Spot On* verleiht das Aspen Institute Deutschland ausgewählten Autor*innen eine Stimme, um das aktuelle Zeitgeschehen zu analysieren und zu reflektieren. Das Format dient dem offenen Diskurs zu drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen.

Herausgeberschaft: Aspen Institute Deutschland e.V.
ISSN: 2748-2480
Redaktion: Dr. Stormy-Annika Mildner
Design & Layout: Michaela Zintl